

Tostedt: Wieder Aufmarsch der Rechtsextremisten

Rund 250 Neonazis zogen durch den Ort – Insgesamt blieb die Demo friedlich

Zeitweise kam es zu kleinen Auseinandersetzungen mit etwa 100 Angehörigen der linken Szene.

Tostedt (cm/dpa/afp). Der Landkreis Harburg ist am Sonnabend abermals zum Schauplatz eines rechtsextremen Aufmarsches geworden. Rund 250 Neonazis aus dem gesamten norddeutschen Raum reisten zur Demonstration in Tostedt an, zu der die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), eine Jugendorganisation der NPD, aufgerufen hatte. Dabei kam es zeitweise zu Auseinandersetzungen mit 100 Angehörigen der linken Szene, in deren Verlauf auch Steine flogen. Abgesehen von kleineren Turbulenzen blieb die Demo insgesamt jedoch friedlich.

Mit vier Hundertschaften war zuvor die Polizei in Tostedt angerückt. Der Bundesgrenzschutz war mit etwa 50 Beamten im Einsatz. An sechs Punkten hatten die Beamten Straßenkontrollen eingerichtet und nahmen den Anreisenden Waffen, Fahnen und Springstiefel ab. Etwa 300 Personen wurden überprüft, 100 Autos durchsucht, 24 Platzverweise erteilt. Gegen zwei Demonstranten wurden Verfahren eingeleitet. Der Landkreis Harburg hatte zuvor vergeblich versucht, den Aufmarsch der Rechtsextremen zu verhindern.



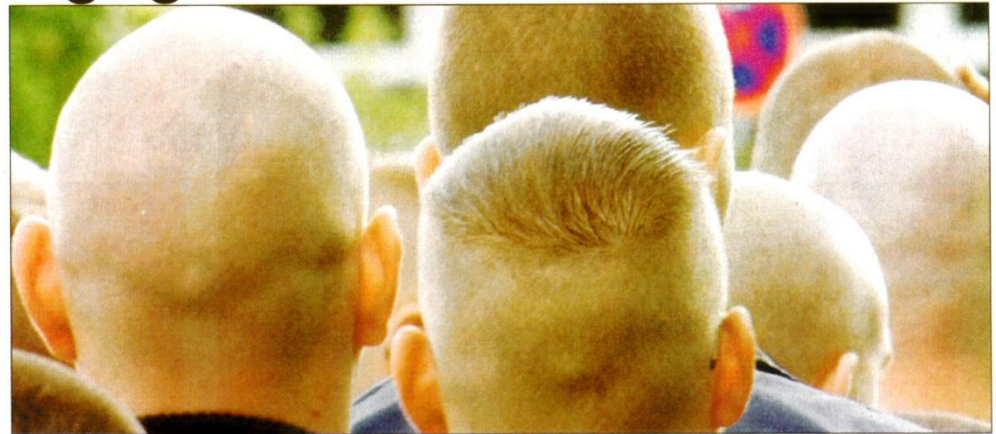
Rechte Parolen skandierend, zogen rund 250 Neonazis am späten Sonnabend Nachmittag durch Tostedt. Der Landkreis hatte zuvor vergeblich versucht, die Demo zu verhindern. Foto: cm

■ In Gera wurden in einer Gaststätte zwei Pakistaner von fünf Rechtsextremisten verprügelt. Die Täter wurden festgenommen. Eine Gruppe von 16 jungen Deutschen im Alter zwischen 13 und 22 Jahren griff in Bochum einen Afrikaner an. Das Opfer floh nach der Attacke. In Rostock wurden 36 junge Leute wegen Landfriedensbruchs festgenommen. Sie hatten einen Stand von Antifaschisten bedrängt und waren handgreiflich geworden. Im

bayerischen Deggendorf wurden zwei Männer schwer verletzt, die einen südländisch aussehenden Begleiter gegen Angriffe einer Gruppe Glatzköpfiger verteidigen wollten. In Bernkastel-Kues erwischte die Polizei zwei Männer beim Kleben von Hakenkreuzen. ■ Die Bundesregierung will mit dem verstärkten Einsatz des Bundesgrenzschutzes gegen Rechtsradikale vorgehen. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) sprach sich dafür

aus, auch „in gefährdeten Regionen“ gegebenenfalls gezielt den BGS einzusetzen, „um den Menschen erkennbar staatlichen Schutz zu gewähren“. ■ In Düsseldorf demonstrierten rund 2000 Menschen gegen den wachsenden Rechtsextremismus. In Sprechchören forderten sie ein Verbot der NPD. ■ Der Bundestag will Mitte Oktober „eine große Debatte“ zum Thema Rechtsextremismus führen. Seite 3, Kommentar Seite 2

Tostedt – ein Dorf wehrt sich gegen den braunen Terror



Die Schädel kahl oder ganz kurz geschoren. Skinheads der NPD-Jugendorganisation demonstrierten wiederholt in Tostedt. Zuletzt im August.



Tostedt? Das ist der braune Ort im Landkreis Harburg, in dem die Rechtsradikalen zu Hause sind. So ist inzwischen die landläufige Meinung zwischen Flensburg und Konstanz. Schuld daran sind die Aufmärsche der NPD-Anhänger, die Tostedt negative Schlagzeilen brachten. Aber den Bürgern in Tostedt (10 500 Einwohner) reicht es. Sie wollen nicht länger mit Neonazis in einen Topf geworfen werden. „Ein Ort wehrt sich“: Unter diesem Motto arbeiten Bürger, Politiker, Geschäftsleute zusammen. „www.tostedt-gegen-rechts.de“ heißt die Internet-Adresse. Wer sich hier einklickt, liest die „Tostedter Erklärung“: „Wir, die Bürger von Tostedt und Umgebung, sind entsetzt über die rechtsextremen Aufmärsche in Tostedt und die menschenverachtenden Parolen.“ Rund 3000 Personen und Institutionen haben sich schon auf der Seite eingetragen, protestieren damit gegen den braunen Terror.

Vor gut zwei Jahren wurde eine junge Frau in Tostedt von Skins schwer verletzt. Wiederholt gab es Treffen und Aufmärsche

der Rechten. Zuletzt im August, als 250 Neonazis durch den Ort zogen. Warum ausgerechnet To-

stedt? In der Umgebung wohnen einige aktive Rechte, wie Sacha Bothe (50), der zum Umfeld des Hamburger Neonazis Christian Worch (57) gehört. Lehrer Ulrich Graß (44). „Sie versprechen sich wahrscheinlich in so einem kleinen Ort eine größere Außenwirkung.“ Ihre Resonanz im Ort ist eher klein. Von 450 Schülern der Tostedter Realschule gelten zum Beispiel drei als Rechte, weitere sieben als Mitläufer. Außer der Internet-Seite gibt es das „Forum für Zivilcourage“ in Tostedt. Ein Zusammenschluss von Bürgern ohne feste Mitgliedschaft. Im Augenblick ist ein Aufkleber-Logo in Planung. Dieser Sticker soll an den Ladentüren Tostedter Geschäfte kleben und signalisieren: Hier findet Hilfe, wer von Rechtsradikalen bedroht wird. Bürgermeister Günther Weiß (70) ist Bäcker: „Mir haben sie die Schaufensterscheibe schon einmal eingeschlagen. Ich mache bei der Aktion trotzdem mit.“



Zusammen in Tostedt gegen rechts: Samtgemeindegemeindevorstand Heinz Oelkers (60), Peter Dörsam (34), Initiative „Tostedter Erklärung“, Gemeindevorstand Rainer Maaß (47) und Ulrich Graß (44, Forum für Zivilcourage). Foto: Day-Press